

Gazetochen

Mein Kampf mit der Maske

Vor wenigen Wochen haben wir Gesichtsmasken erhalten und seither sind sie zu unserem täglichen Begleiter geworden. Was man sonst nur auf Bildern aus Fernost gesehen hat, ist nun auch hier eingekehrt. Und um es vorwegzunehmen: Angenehm ist anders. Seither versuche ich meine Ausgänge so zu planen, dass ich die Dinger möglichst selten anziehen muss. Dazu gehört nun mal der wöchentliche Einkauf im Supermarkt. Es sind ja schon einige Wochen vergangen und mancherorts hört man, man gewöhne sich an die Masken. Schließlich sei der Mensch ein Gewohnheitstier. Ich muss allerdings zugeben, dass sich die

Die Benebelung ist auf die Sicht bezogen, nicht auf meinen Zustand.

Maskengewohnheit bei mir noch nicht eingestellt hat. Als Brillenträger kämpfe ich ständig damit, dass die Gläser beim Ausatmen beschlagen und ich dann wie im dichten Nebel durch die Regale stapfpe. Auch eine Änderung der Reihenfolge, in der ich Maske und Brille anziehe, hat noch nicht den gewünschten Effekt gebracht. Maske hoch, dann sehe ich gar nichts, Maske runter, dann ist die Nase frei. So habe ich mich damit abgefunden, im Wechselspiel der klaren Sicht und der Benebelung meinen Weg durch die Gänge zu suchen. Wobei ich Wert darauf lege, dass die Bezeichnung Benebelung auf die mangelnde Sicht bezogen ist und nicht auf meinen geistigen Zustand. Wobei! Ich hatte da vor nicht allzu langer Zeit einen Moment, in dem mir dann trotzdem ernste Zweifel kamen. Es war so um Ostern, als ich noch in den Anfängen mit meinem Maskenkampf stand. Ich bog aus einer Warenallee ab, atmete aus und fand mich schlagartig mit beschlagener Brille ohne Sicht wieder. Als der Nebel sich dann lichtete, stand ich vor einem Regal und traute meinen Augen nicht: ein ganzer Tisch mit Bierkästen und darüber in großen Lettern: „Promo - Adventsbier“. Ich glaube, das hatte trotzdem nichts mit meiner Maske zu tun. Frank

Vivons ensemble! Typesch Lëtzebuerg

soutenez-nous - Mercl



www.asti.lu · ensemble@asti.lu

IBAN: CPLLULL  
LU44 1111 0652 9615 0000  
Ce don est déductible de vos impôts

# Plädoyer für einen New Deal

Berater Fränk Leuschen wirbt für eine enge Partnerschaft von Staat und Kommunen in der Krise

Interview: John Lamberty

Als Gründer und Geschäftsführer des Beratungsbüros MC Luxembourg steht Fränk Leuschen seit Jahren vielen Gemeinden mit Analysen, Masterplänen sowie ganzheitlichen, fachübergreifenden Lösungsansätzen bei der Erarbeitung kommunaler Entwicklungsstrategien zur Seite. Im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ wirbt er inmitten der Corona-Pandemie nun für einen gezielten Schulterschluss zwischen Staat und Gemeinden, um das Land gerade jetzt dank kluger Investitionsimpulse für die Welt von morgen zu wappnen.

In einem Rundschreiben hat das Innenministerium den Kommunen jüngst offenbart, dass allein die staatlichen Zuwendungen - die bei vielen Gemeinden bis zu drei Viertel der laufenden Einnahmen ausmachen - in diesem Jahr um 17,4 Prozent einbrechen dürften. Wie groß ist Ihre Sorge zurzeit um den Gemeindefaktor?

Nun, es deutet alles darauf hin, dass wir es mit einer schwerwiegenden Krise zu tun haben, die gegebenenfalls langfristig auf den Gemeindefaktor lastet. Zugleich scheint es zusehends unwahrscheinlicher, dass der Ausweg aus derselben einer V-Kurve mit rascher wirtschaftlicher Erholung gleichen wird. Bei einem vom Statec prognostizierten Einbruch des Bruttoinlandsprodukts von sechs bis zwölf Prozent könnte es unserer Einschätzung nach bis 2023 dauern, bis die Wirtschaftsleistung wieder Vorkrisenniveau erreicht.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft wird der Staat als alleiniger Impulsgeber nicht reichen.

Worauf basieren diese Einschätzungen?

Wir haben in den vergangenen Wochen auf der Grundlage bisher verfügbarer Daten und Analysen - etwa von Wirtschaftsforschungsinstituten, spezialisierten Dienstleistern oder der EZB - erste Szenarien für die finanzielle und budgetäre Entwicklung mehrerer Kommunen im Lande errechnet. Dem Gemeindefaktor könnten demnach über die kommenden fünf Jahre bei den staatlichen Zuwendungen Mindereinnahmen in Milliardenhöhe drohen.

Was könnte dies konkret für die Kommunen bedeuten?

Konkret bestünde die Gefahr, dass die Gemeinden auf die Bremse treten und ausgerechnet zu jener Zeit als Investor und wirtschaftlicher Impulsgeber ausfallen würden, wo die lokalen Klein- und Mittelbetriebe besonders leiden und der Verlust von Arbeitsplätzen droht. Sollte dieser Fall eintreten, würde der sanitären Krise unweigerlich eine schwere ökonomische und eventuell auch soziale Krise folgen.



Der vom Innenministerium geschätzte Impact der Corona-Krise auf die staatlichen Zuwendungen dürfte in vielen Rathäusern für einen Dämpfer gesorgt haben. Dem Ministerium zufolge riskiert die Finanzlage nach derzeitigem Stand aber nur in fünf der 102 Gemeinden brenzlich zu werden. Foto: Guy Jalby

Das Innenministerium zeigt den Gemeinden in seinem Rundschreiben Möglichkeiten auf, wie sie mit Anleihen oder über Ausgleichsfonds finanzielle Engpässe überbrücken und die kommunalen Investitionsvolumen weiterhin hochhalten können.

Ich befürchte, dass es damit nicht getan sein wird. Die Regierung hat ja zum Glück beherrzte Maßnahmen ergriffen, um den Betrieben kurzfristig zu helfen. Zur Wiederankurbelung der Wirtschaft wird der Staat als alleiniger Impulsgeber aber nicht reichen. Er sollte den Gemeindefaktor daher unbedingt als Partner und Multiplikator sehen, der eine zwingend notwendige, anti-

zyklische Investitionspolitik rasch und effizient in Gang setzen kann.

Brauchen wir also auch noch einen Rettungsschirm für die Gemeinden, einen Marshall-Plan für die Kommunalebene sozusagen?

Nein, der Marshall-Plan sollte seinerzeit eine vom Krieg zerstörte Wirtschaft neu aufbauen. Darum geht es nicht. Was meines Erachtens nötig ist, wäre - um im Bild zu bleiben - eine Art New Deal. Eine enge Partnerschaft zwischen Staat und Gemeinden, die die Krise nutzt, um mit strategischen Investitionen bestehende strukturelle Defizite zu beheben und das Land so angemessen für die Zukunft aufzustellen.

Strategisch Prioritäten setzen und zielorientiert investieren, ist das Gebot der Stunde.

Wo liegen denn in Ihren Augen diese Defizite?

Diese liegen etwa bei der Schaffung synergiericher Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, bei der Umsetzung der Klimaziele auf kommunaler und regionaler Ebene, bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, im Bereich der Trink- und Abwasseretze oder auch bei der Anpassung der Rahmenstrukturen an eine zunehmend von der Digitalisierung geprägten Arbeitswelt. Strategisch Prioritäten setzen und zielorientiert investieren, ist das Gebot der Stunde.

Für die Verwirklichung eines solchen New Deal bedürfte es neben den richtigen Lenkungsinstrumenten ja aber dennoch der Verhinderung eines Einbruchs bei den kommunalen Finanzmitteln ...

Die in Aussicht gestellte Senkung der Zuwendungen an die Gemeinden scheint mir in der Tat das falsche Signal zu sein. Der Staat sollte nun vielmehr von seinem Triple-A-Status profitieren, um sich an den Finanzmärkten mit günstigem Geld zu versorgen und mit den Gemeinden für den angesprochenen Modernisierungsschub zu sorgen. Jeder Euro, der hierfür - ob über eine zielorientierte Subventionspolitik oder klar definierte Fonds - an die Kommunen fließt, zahlt sich später um ein Mehrfaches aus. Natürlich bedarf es dafür der richtigen Steuerungs- und Kontrollmechanismen, um die kommunalen Masterplanungen auch auf ihre Effizienz hin zu überprüfen.



Fränk Leuschen zufolge muss unbedingt verhindert werden, dass die Gemeinden gerade jetzt mit beiden Füßen auf die Bremse steigen. Foto: John Lamberty